

NIEDERSCHRIFT

über die 16. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Städtepartnerschaften am Donnerstag, 13.06.2019

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:55 Uhr
Tagungsort: Ratssaal, Rathaus, Stadtmarkt 3-6, 38300 Wolfenbüttel

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Thomas Pink

Ausschussvorsitzende

Frau Ulrike Krause

Stellv. Ausschussvorsitzende

Frau Elke Wesche

Ausschussmitglieder

Frau Hiltrud Bayer
Frau Sabine Behrens-Mayer
Frau Elke Kochsiek-Dieke
Herr Volker Müller
Herr André Owczarek

Ratsmitglied

Herr Winfried Pink

Ausschussmitglieder

Frau Kerstin Scheithauer
Herr Dr. Manfred Wolfrum

Grundmandatsträger

Herr Rudolf Ordon

Bürgermitglieder

Frau Heike Schmerse ab 17.40 Uhr
Herr Dr. Joachim Wunsch

Verwaltung

Frau Alexandra Hupp
Herr Björn Reckewell
Frau Annette Grube
Frau Simone Reese
Frau Anna Wohlert-Boortz

Protokollführerin

Frau Sylvia Matysik

3 Pressevertreter

6 Zuhörer

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- Punkt 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit

- Punkt 2) Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Städtepartnerschaften am 25.04.2019

- Punkt 3) Einwohnerfragestunde

- Punkt 4) Vorstellung von Rebekka Denz (Israel Jacobson Netzwerk) sowie Informationen zu einer Tagung anlässlich des 225. Geburtstages von Leopold von Zunz

- Punkt 5) Wassertourismus auf der Oker - Was haben wir erreicht, was ist künftig zu tun?
Vorlage: 0097/2019

- Punkt 6) Turnusmäßige Durchführung von städtischen Großveranstaltungen
Vorlage: 0116/2019

- Punkt 7) Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 10.05.2019
hier: Institutionelle Förderung Kulturstadtverein Wolfenbüttel e.V.
Vorlage: 0115/2019

- Punkt 8) Antrag der AfD-Ratsfraktion vom 05.05.2019
hier: Umsetzung eines "Bimmelbus-Konzeptes"
Vorlage: 0110/2019

- Punkt 9) Zusätzlicher Bedarf zur Realisierung des EUROTREFFS 2019 in Höhe von 6.000 € aus dem Kulturförder-Projekttopf 2019
Vorlage: 0124/2019

- Punkt 10) Informationen und Anfragen

I. Öffentliche Sitzung

Punkt 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende **Frau Ulrike Krause** eröffnet um 17:00 Uhr die 16. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Städtepartnerschaften. Sie begrüßt die Anwesenden – insbesondere Frau Dr. Denz vom Israel Jacobson Netzwerk“ und stellt anschließend die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2) Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Städtepartnerschaften am 25.04.2019

Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Städtepartnerschaften am 25.04.2019 wird einstimmig genehmigt.

Punkt 3) Einwohnerfragestunde

Ein Bürger fragt nach, ob bezugnehmend auf die Debatte über einen öffentlichen Grillplatz die Stadt Wolfenbüttel hinter dem Umwelt- und Klimaschutz stehe.

Frau Krause teilt mit, dass die Zuständigkeit beim Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt liege und dort beraten wird.

Punkt 4) Vorstellung von Rebekka Denz (Israel Jacobson Netzwerk) sowie Informationen zu einer Tagung anlässlich des 225. Geburtstages von Leopold von Zunz

Frau Krause eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt **Frau Dr. Denz** das Wort.

Frau Dr. Denz stellt sich anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

(Protokollanmerkung: Die gesamte Präsentation ist als Anlage zum Protokoll beigefügt.)

Frau Krause bedankt sich für den interessanten Vortrag und erklärt, dass man sich der Verantwortung, die man bei diesem Thema trage, sehr bewusst sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Ordon** antwortet **Frau Dr. Denz**, dass sich der Antisemitismus schon auf die Arbeit auswirke. Sie erklärt, dass das Israel Jacobson Netzwerk erst seit drei Jahren bestehe und in vielen Teilen noch im Aufbau ist. Sie fügt hinzu, dass es Mitarbeiter gäbe, die sich bereits Jahrzehnte mit diesem Thema beschäftigen und hierfür Maßnahmen zur Aufklärung in die Wege leiten würden. Sie betont, dass man das Thema nicht betreiben könne, ohne den Antisemitismus im Blick zu haben.

Frau Hupp teilt mit, dass man sich vor der Sitzung mit Frau Dr. Denz zusammengesetzt habe, um auch über die „Arbeitsgruppe Stolpersteine“ zu sprechen. Sie informiert, dass die Zusammenarbeit sehr fruchtbar sei und man nunmehr ein erstes Vernetzungstreffen mit unterschiedlichen Stolperstein-Arbeitsgruppen aus Niedersachsen initiieren wolle.

Auf Nachfrage von **Frau Krause** antwortet **Frau Dr. Denz**, dass jeder an der Tagung, die in Kooperation mit dem Kulturstadtverein, der Lessing Akademie sowie dem Israel Jacobson Netzwerk zum Thema Leopold von Zunz initiiert wird, teilnehmen könne.

Nachdem keine weiteren Nachfragen vorliegen, bedankt sich **Frau Krause** für die Teilnahme und Vorstellung von **Frau Dr. Denz** und schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 5) Wassertourismus auf der Oker - Was haben wir erreicht, was ist künftig zu tun?
Vorlage: 0097/2019

Frau Krause ruft die Vorlage 0097/2019 auf und erteilt **Herrn Reckewell** das Wort.

Er erklärt, dass diese Vorlage als Prüfauftrag für die Verwaltung gelten solle, um unterschiedliche Maßnahmen für den Wassersport zu initiieren und dabei einen fairen Ausgleich zwischen der Natur und den Sporttreibenden zu gewährleisten.

Er signalisiert, dass so mehr Transparenz geschaffen werde.

Frau Krause gibt bekannt, dass wenn die Stadt mehr Wassertourismus anbieten wolle, ein entsprechender notwendiger Wasserstand zur Verfügung stehen müsse.

Sie erläutert, dass dies momentan nicht immer der Fall sei und so viele Wasser-Aktivitäten abgesagt werden müssen. Sie bedauert, dass vor allem am Wochenende kein Ansprechpartner zur Verfügung stehe, der einen ausreichenden Wasserstand für die Nutzer bestätigen kann.

Sie fordert, dass die Verwaltung prüfe, ob eventuell ein Notdienst am Wochenende bereitgestellt werden kann.

Sie fügt hinzu, dass wenn man Wassertourismus anbieten wolle, eine zuverlässige Durchführbarkeit gewährleistet sein muss.

Herr Ordon wendet ein, dass eine Rufbereitschaft am Wochenende viel Geld koste und man hier zunächst schauen sollte, wie viele Personen dieses Angebot nutzen.

Herr Reckewell erklärt, dass das Problem bei den handgesteuerten Flutwehren liege. Diese Systeme seien abhängig von den verfügbaren Kapazitäten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er fügt hinzu, dass die Digitalisierung des Wehres an der Jägerstraße bereits geplant werde. Ziel sei es, die Wehre an der Juliusstraße sowie an der Jägerstraße aufeinander abzustimmen und den Pegelstand damit ohne weiteres Personal digital steuerbar zu machen.

Auf Nachfrage von **Frau Krause** antwortet **Herr Reckewell**, dass der neue Steg am Meescheplatz entstehe. Er konkretisiert, dass wenn man über die Holzbrücke gehe, der neue Standort für den Steg an einer flachen Böschung in der Innenkurve liegt.

Auf weitere Nachfrage von **Frau Krause** antwortet **Herr Reckewell**, dass der Parkplatz an der Meesche ausreiche und weist noch darauf hin, dass man mit diesem Standort vor allem die Wohnbereiche entlasten will. Er ergänzt, dass das Autoaufkommen eher geringer ausfalle, da die meisten in Gruppen anreisen und es sich um ein saisonales Geschäft von Mai bis September handle.

Herr Owczarek fragt nach, ob man sich seitens der Stadt ausschließlich an die gesetzlich einzuhaltenden Vorschriften im Naturschutz halte oder einen anderen Maßstab zu Grunde legt.

Herr Reckewell erklärt, dass er zwar kein Fachmann sei, aber man aufgrund von Naturschutzbedenken sehr eng mit der Unteren Naturschutzbehörde sowie weiteren Institutionen im Kontakt stehe.

Herr Bürgermeister Pink weist darauf hin, dass dieses Thema im entsprechenden Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt besprochen werden könne.

Herr Dr. Wunsch fragt nach, ob man die möglichen Bus- und Zugverbindungen in bestimmten Orten, wo man mit dem Kanu ankommt, zusammenfassen könne, um seinen Rücktransport ohne große Herausforderungen gestalten zu können.

Daraufhin erklärt **Herr Reckewell**, dass es grundsätzlich so laufe, dass die Gruppen mit zwei Autos kommen und eins davon zum Bestimmungsort bringen, so dass diesen Problemen schon im Vorfeld vorgebeugt wird.

Nachdem keine weiteren Nachfragen vorliegen, lässt **Frau Krause** über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Ohne weitere Aussprache wird **einstimmig** nachfolgender Beschluss gefasst:

„1. Die Stadt Wolfenbüttel sorgt für einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen zum Wohle von Gewässer und Natur auf der einen sowie den nutzenden Gästen und sporttreibenden Menschen auf der anderen Seite.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die mit der Begründung vorgestellten Maßnahmen konkret zu prüfen und Vorschläge für deren Umsetzung zu unterbreiten.“

Punkt 6) Turnusmäßige Durchführung von städtischen Großveranstaltungen
Vorlage: 0116/2019

Frau Krause ruft die Vorlage 0116/2019 zur Beratung auf und erläutert diese kurz.

Herr Dr. Wolfrum fragt nach, ob die angesetzten Kosten für die einzelnen Veranstaltungen ausreichen werden. Er betont, dass die tatsächlichen Kosten bei vielen anderen Projekten, vor allem im Baubereich, nicht mit den veranschlagten Mitteln übereinstimmen würden.

Herr Bürgermeister Pink entgegnet daraufhin, dass die angesetzten Kosten nur Erfahrungswerte sein können und im Rahmen der Haushaltsberatungen durch den Rat beschlossen werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Owczarek** antwortet **Frau Wohler-Boortz**, dass sich die Einnahmen aus Standgeldern sowie zu erwartenden Sponsorengeldern zusammensetzen würden. Sie erklärt, dass es viel Überzeugungskraft benötige, um Mittel von Dritten einzuwerben. Sie fügt hinzu, dass es für das Stadtgrabenfest etwas einfacher sei, da es inhaltlich der Kunst und Kultur zuzuschreiben ist und somit Stiftungsgelder beantragt werden können.

Nachdem keine weiteren Fragen vorliegen, bedankt sich **Frau Krause** für die schönen Veranstaltungsformate, die für Wolfenbüttel einen großen Zugewinn darstellen.

Ohne weitere Aussprache wird **einstimmig** nachfolgender Beschluss gefasst:

„Die turnusmäßige Durchführung des Maifestes, des Altstadtfestes sowie des Stadtgrabenfestes im drei Jahres Rhythmus ab 2020 wird beschlossen.“

Punkt 7) Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 10.05.2019
hier: Institutionelle Förderung Kulturstadtverein Wolfenbüttel e.V.
Vorlage: 0115/2019

Frau Krause ruft die Vorlage 0115/2019 zur Beratung auf.

Herr Winfried Pink gibt bekannt, dass er erstaunt über den gestrigen Zeitungsartikel in der Braunschweiger Zeitung sei.

Er weist darauf hin, dass die letzte Zielvereinbarung zwischen der Stadt und dem Kulturstadtverein im Jahr 2017 für drei Jahre abgeschlossen wurde. In der Zeit wurden aber seitens des Kulturstadtvereins noch zusätzliche Projektförderanträge gestellt, weshalb der Eindruck entsteht, dass die zur Verfügung gestellten Mittel dem Verein nicht ausreichen. Er betont, dass man die Nachweise nicht anzweifeln, sondern hier vom Budgetrecht des Rates Gebrauch nimmt. Da in zwei Jahren und somit in der Zeit der neuen Zielvereinbarung ein neuer Rat gewählt wird, möchte man die neue Zielvereinbarung richtig vorbereitet wissen. Außerdem erinnert er daran,

16. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Städtepartnerschaften vom 13.06.2019

dass beim letzten Ausschuss, in dem der Michael-Praetorius-Antrag beraten wurde, die Person fehlte, die jetzt am lautesten ist.

Er betont in diesem Zusammenhang, dass es kein Rachefeldzug gegen Prof. Dr. Helm sei, was dauernd unterstellt wird. Diese Vorwürfe seien an den Haaren herbeigezogen, da man es auch in anderen Fällen so beantragen würde. Abschließend wendet er noch ein, dass es nicht die Aufgabe eines einzelnen Rats Herrn sei, unsere Wählerinnen und Wähler gegen uns aufzubringen.

Er betont, dass der hiesige Rats Herr Ordon seine Energie lieber in die eigenen desolaten Wahlergebnisse stecken solle.

Herr Ordon entgegnet, dass er darauf sachlich antworten wolle.

Er fragt sich, warum nun gerade jetzt diese Spitzabrechnung gefordert werde, wo sie doch von einem Steuerbüro erstellt wird und somit schon eine grundsätzliche Richtigkeit aufweisen müsste.

Des Weiteren stellt er die Frage, warum die CDU-Fraktion nicht schon 2017 eine entsprechende Spitzabrechnung angefragt habe, als der Bürgermeister die dreijährige Zielvereinbarung abgeschlossen hat.

Er weist daraufhin, dass heute auch ein zusätzlicher Antrag für eine andere institutionell geförderte Institution beraten werde. In diesem Zusammenhang fordert er, dass eine Gleichbehandlung im Umgang mit vergleichbaren Vereinen gewährleistet sein müsse.

Abschließend erklärt er, dass die Verwaltung die Nachweise einfordere und von den Vereinen auch erhalten würde.

Herr Bürgermeister Pink erinnert daran, dass nicht er die Zielvereinbarungen abschließe, sondern die Förderkommission diese vorbereite und an die politischen Gremien, die den Beschluss fassen, weiterempfehle.

Er fordert, dass die Verschwörungstheorien endlich aufhören müssen, da sie kaum noch zu ertragen sind. Er unterstreicht, dass die falschen Behauptungen in Bezug auf das Verhältnis zwischen Prof. Helm und ihm völlig aus der Luft gegriffen seien. Er klärt auf, dass er bis zu dem Antrag überhaupt keine Berührungspunkte mit Herrn Prof. Helm hatte, die eine solche Annahme stützen würden.

Er besteht darauf, dass dieses Propagieren in der Öffentlichkeit nun endlich aufhören müsse.

Frau Behrens-Mayer erinnert an den gefassten Beschluss in der Sitzung vom 25.04.2019.

Sie führt aus, dass die hiesigen Ausschussmitglieder sowie der Verwaltungsausschuss einen entsprechenden Beschluss auf Grundlage der sachlich-begründeten Verwaltungsvorlage gefasst haben und dem auch so gefolgt sind.

Sie erklärt, dass sie diese nunmehr entstandene Debatte nicht verstehen könne.

Sie stellt sich die Frage, warum der Verein nicht schon im Vorfeld Rückstellungen für so ein Großereignis zurückgelegt habe.

Sie gibt weiter bekannt, dass sie sich sehr darüber ärgere, dass die Zeitung die CDU als nicht gesprächsbereit dargestellt habe. Sie sagt, dass dies eindeutig falsch sei. Auch die CDU habe ihre Gesprächsbereitschaft im Ausschuss am 25.04.2019 signalisiert.

Sie behauptet, dass es nicht verwerflich sei, sich nach den Finanzen zu erkundigen.

Abschließend fügt sie hinzu, dass es nicht mit der Trennung der CDU und Herrn Prof. Dr. Helm zu tun habe. Sie unterstreicht, dass die CDU-Fraktion dieses Thema immer vertraulich behandelt habe.

Herr Winfried Pink erklärt, dass er sich sehr überrascht über den Zeitungsartikel am 17.05.2019 in der Braunschweiger Zeitung zeige.

Er gibt an, dass bisher kein neues Konzept oder ein Kosten- und Finanzierungsplan vorliege.

Trotzdem könne man der Zeitung entnehmen, dass sich alle Fraktionen, außer der CDU-Fraktion für eine Förderung aussprechen würden. Er betont, dass diese öffentlichen Unterstel-

lungen nicht nur falsch, sondern auch anmaßend seien, so dass ein verfälschter Eindruck in der Öffentlichkeit entstehen würde.

Frau Wesche gibt bekannt, dass sie nach wie vor über die Höhe des Ursprungsantrags entsetzt sei.

Trotz alledem berichtet sie, dass bereits im letzten Ausschuss alle Parteien, auch die CDU-Fraktion, ihre Verhandlungsbereitschaft signalisiert haben. Sie fordert, dass ein neuer modifizierter Antrag zur Beratung vorgelegt werde.

Sie betont aber auch, dass es nicht notwendig sei, dass der Kulturstadtverein eine Spitzabrechnung vorzulegen habe. Sie verlangt, dass im Rahmen der Gleichbehandlung alle institutionell geförderten Vereine eine Abrechnung vorlegen sollen.

Frau Matysik erklärt hierzu, dass alle Institutionen, die von der Stadt gefördert werden, auch einen jährlichen Verwendungsnachweis im Kulturbüro einreichen. Im Bescheid bleibt es der Stadt vorbehalten, sich auch eine Spitzabrechnung zeigen zu lassen. Sie meint, dass der Antrag der CDU-Fraktion daher ohne Probleme erfüllt werden könne.

Herr Ordon wendet noch ein, dass er bisher nur an sehr wenigen Kulturausschüssen nicht teilgenommen habe. Er fragt auch nach, wieso der Pressesprecher der Stadt politische Debatten zwischen der FDP und CDU-Fraktion in der Braunschweiger Zeitung kommentieren würde. Er weist darauf hin, dass dies der Stadt nicht zustehe.

Frau Scheithauer unterstreicht, dass der gestrige Zeitungsartikel in der Braunschweiger Zeitung eine Unverschämtheit gewesen sei.

Herr Ordon wendet ein, dass die Zeitung den Artikel geschrieben habe und nicht er.

Frau Scheithauer meint, dass es sich hier um einen persönlichen Angriff handle.

Herr Bürgermeister Pink macht deutlich, dass sich **Herr Ordon** künftig um seine eigenen Angelegenheiten kümmern solle.

Herr Dr. Wolfrum fragt nach, was nun an dieser Debatte zielführend gewesen sei.

Er erklärt, dass die Verwendungsnachweise nach der Information von Frau Matysik vorliegen würden.

Er betont, dass ihm seine Zeit für derartige Diskussionen zu kostbar sei.

Frau Krause erklärt, dass sie die Zielsetzung des Antrags nicht verstanden habe. Sie verlangt, dass die CDU-Fraktion nunmehr mitteilen solle, in welcher Form sie den Antrag aufrechterhalten möchte. Sie fordert aber auch, dass nicht nur der Kulturstadtverein seine Abrechnungen vorlegen solle.

Sie schlägt daher vor, dass die Verwaltung die Verwendungsnachweise der Jahre 2016-2018 von allen institutionell geförderten Vereinen/Verbänden ans Protokoll anfügen sollte.

Frau Behrens-Mayer gibt bekannt, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag zurückziehe.

Frau Bayer bittet darum, dass die Debatte endlich beendet werde, da es hier wie im Kindergarten zugehe.

Frau Matysik informiert die Ausschussmitglieder, dass der Unterschied zwischen den institutionell geförderten Kulturträgern sowie der Projektförderung folgender sei:

Die institutionell sowie kontinuierlich geförderten Kulturträger erhalten eine Festbetragsfinanzierung. Dieser Betrag verbleibt auch bei Einsparungen und höheren Einnahmen in voller Höhe beim Zuwendungsempfänger; es sei denn, seine Gesamtausgaben liegen unter dem Zuwendungsbetrag.

Projektförderung:

Zugewendet wird der Betrag, der die Lücke zwischen den anerkannten zuwendungsfähigen Ausgaben einerseits und den Eigenmitteln und sonstigen Einnahmen des Zuwendungsempfängers andererseits schließt.

Herr Owczarek fragt nach, warum man nicht vor dem Antrag direkt mit der Verwaltung gesprochen habe.

Herr Winfried Pink bittet darum, dass bei Abschluss von Zielvereinbarungen künftig die Jahresabschlüsse mitgeschickt werden sollen.

Nachdem keine weiteren Nachfragen vorliegen, schließt **Frau Krause** den Tagesordnungspunkt und bittet die Verwaltung um das Anhängen der nachfolgenden Unterlagen:

„Die Verwendungsnachweise der institutionell geförderten Kulturträger von 2016-2018.“

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 10.05.2019 wurde zurückgezogen.

**Punkt 8) Antrag der AfD-Ratsfraktion vom 05.05.2019
hier: Umsetzung eines "Bimmelbus-Konzeptes"
Vorlage: 0110/2019**

Frau Krause ruft den Antrag 0110/2019 auf und erteilt **Herrn Dr. Wolfrum** das Wort.

Herr Dr. Wolfrum stellt vorab fest, dass die Bimmelbahn nicht in den Farben der AfD angestrichen werden müsse, da sie als Identifikation für die Bürgerinnen und Bürger gelten soll.

Er berichtet, dass die angedachte Bimmelbahn zum einen die Wolfenbütteler Sehenswürdigkeiten anfahren solle sowie als Shuttle für Großveranstaltungen dienen könnte. Darüber hinaus erklärt er, dass man vor allem den älteren Bürgerinnen und Bürgern eine zusätzliche Mobilität anbieten wolle, damit sie die Geschäfte in Wolfenbüttel besser erreichen können. Er schlägt vor, dass ältere Menschen oder Gehbehinderte abgeholt werden und von Geschäft zu Geschäft in der Innenstadt transportiert werden.

Außerdem sei denkbar, dass auch die Sehenswürdigkeiten, wie z.B. die Gedenkstätte mit einem Stopp von zwei Stunden, angefahren werden und es anschließend Richtung Schlossplatz geht, wo es weitere kulturelle Einrichtungen zu sehen gibt. Er betont, dass dies eine wunderbare Möglichkeit sei, um Touristen nach Wolfenbüttel zu holen, da so eine Bimmelbahn eine richtige Attraktion für Jung und Alt sei.

Weiter fügt er hinzu, dass man sich auch die neuen Parkplatzmöglichkeiten an der Lindenhalle für drei Millionen sparen könne, da die Bimmelbahn als Transportmittel für Großveranstaltungen fungieren könnte.

Frau Krause erwidert daraufhin, dass sie klare Argumente gegen diesen Antrag habe, die sie nun gern vortragen wolle.

Sie erläutert, dass die Bimmelbahn als ständig fahrendes Fahrzeug in der Innenstadt völlig fehl am Platze wäre, da für so ein Fahrzeug überhaupt keine Infrastruktur sowie genügend Platz vorhanden ist.

Sie erinnert, dass auch das Stadtbuskonzept nur Sinn mache, wenn eine gewisse Verlässlichkeit gewährleistet werden kann. Sie fragt sich, wie das bei so einer Bimmelbahn funktionieren solle.

Außerdem seien Straßen und Wege teilweise sehr eng und dicht befahren, da benötige man nicht noch eine Bimmelbahn, die sich an parkenden Autos vorbeidrängelt. Sie spricht sich weiter für eine autofreie Innenstadt aus und verweist in diesem Zusammenhang auf entsprechende moderne Alternativen, wie E-Bikes oder Pedelecs. Sie betont, dass sie nicht nur Politik für ältere Menschen und Gehbehinderte mache, sondern alle im Blick haben will. Sie fragt nach, ob die älteren Menschen gefragt worden sind, ob sie so einen neuen Verkehrsteilnehmer präferieren würden.

In diesem Zusammenhang teilt sie mit, dass eine Bimmelbahn etwas von vorgestern sei. Abschließend fügt sie noch hinzu, dass kein Mensch, der schnell zu einer Großveranstaltung kommen wolle, die Bimmelbahn als Transportmittel wählen würde.

Sie signalisiert, dass sie gegen diesen Antrag stimmen werde.

Herr Owczarek teilt mit, dass so eine Bahn vielleicht in Städten, wie Wernigerode Sinn machen würde, da möchten die Touristen auch vom Rathaus zur hochgelegenen Burg transportiert werden. Hier aber seien alle Sehenswürdigkeiten nah beieinander, was so ein Fahrzeug völlig obsolet machen würde.

Er erklärt, dass es sich hier nicht um eine touristische Attraktion handeln würde, nur, weil sie von Geschäft zu Geschäft fährt.

Herr Ordon bestätigt die Ausführungen, denen er sich anschließen könne.

Herr Müller erklärt, dass das Preis/Leistungsverhältnis in keiner Relation zueinanderstehen würde und es sich hier auch nur um ein saisonales Geschäft handelt. Er unterstreicht, dass die Realisierung einer Bimmelbahn nicht zu einer kommunalen Aufgabe zähle.

Frau Wesche sagt, dass sie sich den Ausführungen von Herrn Owczarek anschließen könne. Außerdem fordert sie, dass keine Konkurrenz zu dem öffentlichen Personennahverkehr seitens der Stadt aufgebaut werden könne.

Daraufhin wendet **Herr Winfried Pink** ein, dass die Kommune bis zu einer Million Euro jährlich für den Ausgleich im öffentlichen Personennahverkehr zahlen müsse, weil er nicht ausreichend genutzt wird.

Herr Dr. Wolfrum antwortet, dass keine Rentner oder Gehbehinderte mit Elektrorollern durch die Stadt fahren werden.

Auf Nachfrage von **Frau Krause**, wer das Projekt initiieren solle, antwortet **Herr Dr. Wolfrum**, dass man darüber noch diskutieren müsse. Er bestätigt, dass es natürlich keine Konkurrenz zur KVG werden solle. Abschließend teilt er mit, dass, wenn er 20 Jahre jünger wäre, das Projekt selber umsetzen würde. Er bekräftigt, dass er die Bahn gern nutzen würde und hoffe, dass wenn sie nicht kommen sollte, er noch lange mit seinem E-Bike fahren könne.

Herr Owczarek plädiert dafür, dass man aufgrund der zahlreichen Gegenargumente die Verwaltung nicht mit einem Prüfauftrag belasten solle.

Nachdem keine weiteren Nachfragen vorliegen, lässt **Frau Krause** über den Antrag abstimmen:

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag **mehrheitlich** abgelehnt.

**Punkt 9) Zusätzlicher Bedarf zur Realisierung des EUROTREFFS 2019 in Höhe von 6.000 € aus dem Kulturförder-Projekttopf 2019
Vorlage: 0124/2019**

Frau Krause ruft die Vorlage 0124//2019 auf und erläutert diese kurz.

Frau Wesche teilt mit, dass der EUROTREFF eine wichtige, kulturelle Veranstaltung für Wolfenbüttel sei, die sich schon über viele Jahre etabliert habe.

Herr Owczarek ergänzt, dass die Vorlage sachlich und überzeugend dargestellt sei, so dass nichts gegen diese Förderung sprechen würde.

Frau Bayer fügt hinzu, dass die Mittel laut Vorlage vorhanden seien und die internationalen Chöre auch in den Ortsteilen auftreten würden, was das kulturelle Leben dort stärkt.

Nachdem keine weiteren Nachfragen vorliegen, lässt **Frau Krause** über die Vorlage abstimmen:

Ohne weitere Aussprache wird die Vorlage **einstimmig** genehmigt.

1. „Der Arbeitskreis Musik in der Jugend e.V. (AMJ e.V.) erhält eine zusätzliche Unterstützung zur Realisierung des EUROTREFFS 2019 in Höhe von 6.000 € aus dem Kulturförder-Projekttopf 2019.

2. Die entsprechenden Haushaltsmittel zur Gewährung der Zuwendungen werden für das Haushaltsjahr 2019 auf dem Produktsachkonto 281001.4318000 zur Verfügung gestellt und stehen zur Auszahlung bereit.“

Punkt 10) Informationen und Anfragen

Es liegen keine **Informationen und Anfragen** vor.

Frau Krause bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die öffentliche Sitzung um 18.35 Uhr.

Ulrike Krause
Vorsitzender

Thomas Pink
Bürgermeister

Sylvia Matysik
Protokollführerin